

SITZUNGSVORLAGE

Nr. 2 0 -V- 5 1 - 0 0 5 8

Dotr	-#-	Dozornat(a)	M				
Betre		Dezernat(e)	VI				
	onelle Stärkung des Bereiches 51.21	Allgemeine Verwaltung					
Aniag	ge/n siehe Seite 3						
Ве	richt zum Beschluss Nr. vom						
Stellu	ıngnahmen						
Pers	sonal- und Organisationsamt	nicht erforderlich C	erforderlich	\odot			
Käm	nmerei	reine Personalvorlage		0			
Rec	htsamt	nicht erforderlich . •	erforderlich				
Umv	veltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich . •	erforderlich C				
Frau	uenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich C	erforderlich	\odot			
	- der HGO	nicht erforderlich .	erforderlich	0			
Stra	ßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich .	erforderlich	0			
Proj	ekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich . •	erforderlich	\circ			
Son	stige:	nicht erforderlich .	erforderlich	\circ			
Doro	tungofolgo		DL-Nr.				
bera	tungsfolge		(wird von Amt 16	ausgefüllt)			
a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich .	erforderlich	0			
	Kommission	nicht erforderlich .	erforderlich	0			
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich .	erforderlich	0			
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich .	• erforderlich				
	Magistrat	Tagesordnung A . ©	rdnung A 🕟 Tagesordnung B				
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder					
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich C	erforderlich	•			
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich •	nicht öffentlich	0			
Best	ätigung Dezernent/in						
Mas	iura						
Stadtra	jura at						
Vermerk Kämmerei Wiesbaden,							
- 3111		.,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,					
 Stellungnahme nicht erforderlich Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen. → siehe gesonderte Stellungnahme Imholz Stadtkämmerer 							

Se	ite	2 de	er Sitzungs	vorlage N	lr. 2 () -V- 5	1 - 0	0 5 8	
<u>A</u>	Fi	nanz	<u>zielle Aus</u>	wirkung:	<u>en</u>				
Mit	der	antra	gsgemäßen E	Entscheidun	∑ fi	<u>eine</u> finanzi nanzielle Au n diesem Fall bil	uswirkunge	en verbund	
<u>l.</u>	Ak	<u>tuelle</u>	Prognose E	<u>rgebnisrec</u>	hnung Dez	<u>ernat</u>			
ΗN	IS-A	Ampel	☐ rot	⊠ grün	Prognos	e Zuschuss	bedarf:		
							abs.: in %:	1	.917.789,02
Inv Bud	estii dget <u>Üb</u>	tionsc t verfü ersicl	Prognose In ontrolling agte Ausgaber of the finanzielle ich um	☐ Investit	ion gen der Si	Instandh tzungsvorla 1ehrkosten	naltung abs. in % age		
					⊠ b	udgettechni	ische Ums	etzung	
IM	со	Jahr	Bezeichnung	Gesamt- kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperre, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	Х	2021	Personalkosten Pkt. 2.1-2.3	32.643	32.643		1100196	630098	51 Zentrale Dienste
	Х	2021	Arbeitsplatzkost en Pkt. 2.1-2.3	5.658	5.658		1100196	680000	52 Zentrale Dienste
	Х	2021				38.302	1300173	630098	SGB II / Personalkosten
Sur	nme	einma	alige Kosten:	38.302	38.302	38.302			
	х	2022 ff	Personalkosten Pkt. 2.1-2.3	55.960	55.960		1100196	630098	51 Zentrale Dienste
	х	2022 ff	Arbeitsplatzkost en Pkt. 2.1-2.3	9.700	9.700		1100196	680000	52 Zentrale Dienste
	Х	2022 ff				65.660	1300173	630098	SGB II / Personalkosten

Summe Folgekosten:

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

65.660

65.660

65.660

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)
Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Aufgrund der deutlichen Aufgabenzuwächse und wachsenden Komplexität der Aufgaben ist im Amt für Soziale Arbeit für das Sachgebiet 51.21 Allgemeine Verwaltung eine Stellenschaffung notwendig, damit die Querschnittsaufgaben für das Sozialleistungs- und Jobcenter und das Amt für Soziale Arbeit, insbesondere im Bereich des Arbeitsschutzes, sichergestellt werden können.

Anlagen:

C Beschlussvorschlag:

- 1. Es wird zur Kenntnis genommen:
- 1.1 Als Teil der Zentralen Dienste für das Sozialleistungs- und Jobcenter und das Amt für Soziale Arbeit leistet das Sachgebiet einen wichtigen internen Beitrag für die Fachabteilungen der Ämter und die Zufriedenheit der Mitarbeiter.
- 1.2 Die Anzahl der Verwaltungsstandorte ist seit 2012 von 7 auf 15 gestiegen und alleine seit 2017 um 5 Standorte. Das ergibt einen Zuwachs in den letzten drei Jahren um rund 50 %.
- 1.3 Entsprechend ist die Anzahl der Büroarbeitsplätze in den beiden Ämtern an den Verwaltungsstandorten um mehr als 55 % seit 01.01.2012 gewachsen.
- 1.4 Aufgrund gesetzlicher Änderungen und sich verändernder Anforderungen ist die Aufgabenbreite und -tiefe in den einzelnen Kernaufgaben des Sachgebietes, wie Arbeitsschutz, Beschaffung, Personal, Gebäudemanagement, Versicherungs- und Schadensmanagement sowie Fuhrparkmanagement, stetig gestiegen.
- 1.5 Es wurde geprüft, dass anderweitig keine freie Planstelle zur Verfügung steht.
- 1.6 Zur Unterstützung der Stelle Arbeitsschutz und Hausmanagement bedarf es daher einer Planstellenschaffung im Umfang von 1,0 VZÄ.
- 1.7 Eine entsprechende Stellenbeschreibung wurde 110310 *Stellenplan, Organisationsdienst-leistungen und Personalberichtswesen* bereits zur Prüfung zur Verfügung gestellt. Es konnte ein Stellenwert nach E 8 TVöD festgestellt werden.
- 2. Es wird beschlossen:
- 2.1 Zum Stellenplan 2022/23 wird im Sachgebiet 51.21 Allgemeine Verwaltung eine Planstelle im Umfang von 1,0 VZÄ und im Stellenwert E 8 TVöD geschaffen. Die Planstelle kann nach der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung sowie vorab der Beschlussfassung und Genehmigung des Stellenplans 2022/23 überplanmäßig zum 01.06.2021 besetzt werden.
- 2.2 Insgesamt entstehen Personal- und Arbeitsplatzkosten in Höhe von 38.302 € in 2021 und 65.660 € ab 2022 ff.
- 2.3 Die Deckung für die Personal- und Arbeitsplatzkosten steht im Budget des Dezernates VI/50 im Bereich SGB II auf der Kostenstelle 1300173 zur Verfügung.
- 2.4 Im Rahmen der neuen Regelung zur Steuerung der Personalkosten ab 2018 ff. ist das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals von Dezernat VI/51 ab 01.06.2021 im Bereich 51.21 *Allgemeine Verwaltung* um 1,0 VZÄ zu erhöhen.

2.5 Dezernat VI/51 wird beauftragt, Dez. I/11 die konkrete Belegungsplanung für den zusätzlichen Arbeitsplatz zeitnah vorzulegen. Sofern eine Unterbringung im Bestand nicht möglich ist, ist die Anmietung zusätzlicher Flächen dem Magistrat durch Dez. VI/51 im Rahmen einer gesonderten Sitzungsvorlage zur Entscheidung vorzulegen.

D Begründung

Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Mit Erhöhung der VZÄ im Sachgebiet 51.21 Allgemeine Verwaltung soll nun dem in den letzten acht Jahren zu verfolgenden stetigen Anstieg der Anzahl der Büroarbeitsplätze und des damit verbundenen Aufgabenzuwachses Rechnung getragen werden. Zudem scheint absehbar, dass in den nächsten Jahren die Anzahl der betreuten Arbeitsplätze, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch weiter anwachsen wird. Diese quantitative Entwicklung wird begleitet durch eine zunehmende fachliche Komplexität, so z. B. durch geänderte und zusätzliche Verfahren. Beides schlägt sich in dem Aufgabenzuwachs in allen Kernbereichen des Sachgebietes nieder. Mit dem Schaffen der angesprochenen Stelle soll der Entwicklung entsprechend Rechnung getragen werden.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 21.12.2020

51.4 dezentrale
51.25 Mathussek (3512/cm) Steuerungsunterstützung

(4261/bu)

Manjura Stadtrat